

10 Punkte für Europa

Beschluss des Mitglieder-Bezirksparteitags der CDU Südbaden vom 29. Oktober 2016 in Schliengen

Angesichts einer wachsenden Grundsatzkritik an der Idee, an der Praxis und an den politischen Akteuren der Europäischen Union,
angesichts der wachsenden Radikalisierung dieser Kritik in Gestalt und in der Propaganda populistischer und nationalistisch-egoistisch argumentierender Parteien in ganz Europa,
angesichts des als *Brexit* bekannten Rückzugs Großbritanniens aus dem gemeinsamen Projekt,
angesichts der unverkennbar großen Herausforderung der Völkergemeinschaften, bspw. durch die globale Flüchtlingssituation,
angesichts zahlreicher gewalttätiger Konflikte in unmittelbarer Nähe zu Europa,
angesichts der dringenden Notwendigkeit, nicht weniger, sondern mehr internationale Kooperation herzustellen,
erklärt die CDU Südbaden, dass sie das Bekenntnis zur Tradition und zu den Zielen der Europäischen Union als Teil ihrer politischen Identität und Geschichte betrachtet.

Die Europäische Union repräsentiert aus Sicht der CDU nicht nur einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, sondern eine Gemeinschaft auf der Basis gemeinsamer Werte und Ziele. Diese Werte, fixiert in der Grundrechtecharta der Europäischen Union, sind selbst Ergebnis generationenlanger und konfliktreicher Aushandlungsprozesse und stellen die höchsten Errungenschaften der Europäischen Geschichte dar. Das Bekenntnis zu ihnen macht die Europäische Union zu einer Menschenrechts- und Friedenseinrichtung, die seit nahezu 60 Jahren die Gewaltfreiheit zwischen den Mitgliedstaaten sichert. Sie tut dies nicht zuletzt, indem sie politische Auseinandersetzungen in ein parlamentarisches System überführt hat, das in jüngerer Zeit erheblich an Einfluss gewonnen hat. Die EU hat wesentlichen Anteil daran, dass sich junge Generationen in den Mitgliedstaaten überwiegend in einem gemeinsamen Geist des Vertrauens begegnen und nicht mehr in einer Atmosphäre von Fremdartigkeit und Angst.

Die CDU Südbaden wird sich dafür einsetzen, in der Tradition Konrad Adenauers und Helmut Kohls für den Europäischen Gedanken der Verständigung einzustehen, um die EU weiterzuentwickeln und all denen zu begegnen, die das Rad der Geschichte mit Macht und Missgunst zurückdrehen wollen. Damit stellt die CDU die christlich inspirierten Grundwerte der EU populistischen Spaltungstendenzen innerhalb der EU entgegen. Sie fordert Politikerinnen und Politiker aller Parteien und Länder auf, diese Gedanken allen weiteren Verhandlungen über die gemeinsame Währungspolitik, eine gemeinsame

Sicherheitspolitik und eine gemeinsame Flüchtlingspolitik zugrunde zu legen. Nur so können Sicherheit und Integrität als Pfeiler der europäischen Stabilität für eine Zukunft garantiert werden, die immer auch die Zukunft unserer Nachkommen ist.

1. „Brexit“ muss zu mehr CDU-Politik für Europa führen.

Die Entscheidung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, ist ein Einschnitt für die Europäische Union. Ein großes und langjähriges Mitglied hat sich dazu entschieden, den gemeinsamen Weg in der EU nicht weiter mitgehen zu wollen. Diese Entscheidung muss ein Weckruf sein, darüber nachzudenken, wie wir Europa gestalten wollen und wie sich die EU weiterentwickeln muss. Es geht dabei nicht um einfache und reflexartige Rufe nach „mehr Europa“ auf der einen Seite, aber genauso wenig um „mehr in den Mitgliedstaaten“ und „weniger Europa“. Wir wollen eine Antwort darauf geben, wie wir uns die Zukunft Europas vorstellen. Denn es geht darum, Europa „besser“ bzw. „funktionsfähiger“ zu machen. Werte, für die wir als Christdemokraten schon immer standen, von Subsidiarität, Solidarität und Solidität sind uns dabei Richtschnur. Darum muss die Antwort auf die britische Entscheidung zuallererst lauten, wieder eine stärker CDU-geprägte Politik in Europa durchzusetzen.

2. Die sorgsame Anwendung gemeinsamer Regeln muss wieder eine stärkere Bedeutung erlangen

Das gemeinsame Europäische Recht ist in dafür vorgesehenen Verfahren beschlossen worden, es muss Geltung beanspruchen – und wir müssen es zur Durchsetzung bringen. Entscheidungen dürfen nicht beliebig getroffen werden. Die größte Stärke der Europäischen Union gegenüber allen anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsräumen der Welt war seit jeher die Herrschaft des Rechts. Da, wo dieser Grundsatz verletzt wurde, müssen wir zu ihm zurückkehren. Die Entscheidungen der Europäischen Kommission, den Stabilitäts- und Wachstumspakt anzuwenden, dürfen nicht weiter nach Belieben und politischen Erwägungen getroffen werden. Entscheidungen nicht nach Belieben zu treffen bedeutet gleichzeitig, dass jede Ebene das und nur das entscheidet, wofür sie auch zuständig ist. Während der Grundsatz der Subsidiarität dabei bedeutet, dass sich Europa um die großen Fragen kümmert, bei denen die Nationalstaaten selbst überfordert sind, bedeutet er im Umkehrschluss auch, dass für diese Fragen dann auch Europa zuständig sein muss. Dass hier der Grundsatz der Subsidiarität und geltendes Recht zu oft verletzt wird, zeigt sich beispielhaft an der Verschiebung der Verantwortung über die Ratifizierung des CETA-Handelsabkommens. Obwohl dafür eindeutig die Europäische Ebene zuständig ist, haben die Mitgliedstaaten dafür gesorgt, dass die Entscheidung darüber rechtswidrig an die Mitgliedstaaten weitergereicht wurde. Ähnliches gilt für die Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Gleichzeitig gilt es aber auch zu vermeiden, dass

schwierige politische Entscheidungen der Kommission überlassen werden und sich die Mitgliedstaaten mit kritischen Kommentaren überbieten.

3. Auch die Mitgliedstaaten haben eine Verantwortung dafür, dass Europa vorankommt

Gelingt es auf Ebene der Europäischen Union nicht, dort, wo mehr gemeinschaftliches Engagement nötig ist, die Mitgliedstaaten zusammen bringen, wird kein Weg daran vorbei führen, dass die Mitgliedstaaten stärker selbst das Heft in die Hand nehmen. Ein Beispiel dafür ist der vorgesehene Umverteilungsschlüssel für die vielen Flüchtlinge. Zwar ist auf Vorschlag der Kommission vom Europäischen Parlament und dem Rat mit Mehrheitsentscheidung die Umverteilung von 160.000 Menschen beschlossen worden. Wenn dieser Weg aber von den osteuropäischen Mitgliedstaaten nicht mitgetragen wird, muss die Frage, ob nicht die willigen Staaten dennoch vorangehen, neu erörtert werden.

4. Eine *politische* Kommission kann nicht EU-Regierung und Hüterin der Verträge gleichzeitig sein

Wir haben den Europawahlkampf 2014 ausdrücklich mit dem Ziel geführt, auch über die Persönlichkeit des Spitzenkandidaten abzustimmen. Wir begrüßen daher die nunmehr noch stärkere „politische“ Rolle der Europäischen Kommission. Für uns ist das ein Beitrag, der die gemeinsamen Herausforderungen, vor denen Europa steht, für die Bürger verständlicher macht. Eine politische Kommission kann jedoch nicht gleichzeitig vollumfänglich als Hüterin der Verträge agieren, ohne in einen Zielkonflikt zwischen den akuten politischen Herausforderungen und dem Grundsatz der Herrschaft des Rechts zu geraten. Viel zu oft hat dies in der Vergangenheit dazu geführt, dass das Etikett „politisch“ tatsächlich die Beliebigkeit von Entscheidungen begründen sollte. Daher sprechen wir uns für eine dezidiert politische Kommission aus und fordern gleichzeitig eine Auslagerung der Kompetenzen im Bereich der Wettbewerbspolitik und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in eine dezidiert unpolitische Institution, nach dem Vorbild des deutschen Bundeskartellamtes.

5. Die Grundfesten der EU sind Binnenmarkt und Währungsunion

Der gemeinsame Binnenmarkt stellt nach wie vor das grundlegende und erfolgreichste Gemeinschaftsprojekt der Europäischen Union dar. Und auch die Europäische Währungsunion ist, bei allen Schwierigkeiten der letzten Jahre, ein Erfolgsprojekt für Deutschland und Europa. Daher gilt es, die wirtschaftliche Einigung als Grundpfeiler der Europäischen Union auch heute weiter zu stärken. Dies beginnt mit der Vollendung des Binnenmarkts, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, und setzt sich in einer Währungsunion, die zur Stabilitätsunion werden muss, fort. Wir bekräftigen daher unsere Forderung einer regelbasierten europäischen Wirtschaftsverfassung als Gegenentwurf zu

einer zentralistischen Wirtschaftsregierung, deren klare Grundsätze, geprägt von Stabilität und Verantwortung, Anwendungen finden müssen.

6. Wirtschaftsunion weiterentwickeln: Freihandel stärken

Das Erfolgsmodell einer Wirtschaftsunion hat heute nicht an Gültigkeit verloren. Das Gegenteil ist der Fall: in einer immer stärker globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft profitieren wir davon, unsere gemeinsamen Interessen als Europäer zu vertreten und global gemeinsam aufzutreten. Die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA stellen eine Möglichkeit dar, das ökonomische Weltgeschehen nach unseren europäischen Werten zu prägen. TTIP und CETA sind daher nicht nur wirtschaftlich für Deutschland und Europa ein Gewinn, sondern auch ein Teil unseres christdemokratischen Auftrages, in der Welt Verantwortung zu übernehmen. Gerade Das Abkommen mit Kanada ist für uns ein Modell für die weltweite Verbesserung von Sozial-, Umwelt-, Nachhaltigkeitsstandards. Und die Etablierung eines Welthandelsgerichtshofs ist ein Ziel, das auch in weiteren Abkommen vorangebracht werden soll.

7. Europa ist ein guter Nachbar. Aber es muss einen Unterschied zwischen Nachbarn und Mitgliedern geben

Wir wollen gute und beidseitig vorteilhafte Beziehungen mit unseren Nachbarn, die nicht Teil der EU sind, führen. Dies zeigt sich beispielhaft seit Jahren an der Zusammenarbeit mit der Schweiz. Wir wollen daher auch weiterhin mit unseren europäischen Freunden, die nicht Teil der EU sind, diese Zusammenarbeit pflegen und weiterentwickeln. Klar ist aber auch, dass für unsere Nachbarn keine anderen oder gar besseren Bedingungen gelten können, als für die Mitglieder der EU. Die Grundsätze des Binnenmarktes mit seinen vier Grundfreiheiten sind daher für uns unantastbar. Rosinenpickerei darf es nicht geben. Dieser Grundsatz gilt für die Beziehungen mit der Schweiz ebenso wie für die nun beginnenden Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich. Denn nur so werden die Vorteile, Teil einer starken Europäischen Union zu sein, sichtbar und spürbar. Unser gemeinsames Interesse ist es, die Sichtbarkeit der Vorteile, Teil der EU zu sein, künftig zu stärken.

Wir als CDU haben schon in den neunziger Jahren gegen eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU plädiert: Nicht, weil das Land muslimisch geprägt ist – auch in Deutschland leben Christen und Muslime seit Jahren friedlich und respektvoll zusammen. Wir haben schon damals an das unterschiedliche geostrategische Umfeld erinnert und daran, dass die Türkei als Mitglied der EU schlicht zu groß wäre, sich in diese supranationale Union einzugliedern. Gerade jetzt, wo die Türkei ihren mühsam begonnenen Anpassungsprozess an die Werte der EU (Acquis) aufgibt, müssen wir uns diese Fragen wieder neu und ehrlich stellen.

8. Die Ereignisse der letzten Jahre zeigen: Europa muss auch bei der Sicherheitspolitik enger zusammenrücken

Europa hat eine globale Verantwortung. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass globale sicherheitspolitische Krisen zunehmend auch in Europa ankommen. Die Flüchtlingsbewegungen sind nur ein Beispiel dafür. Und auch die zunehmende terroristische Bedrohung zeigt, dass wir uns nicht vom übrigen Weltgeschehen abschotten können. Daher wird ein gemeinsamer Ansatz der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik immer wichtiger werden. Dies beginnt mit einer besseren Koordination der nationalen Sicherheitsbehörden. Und auch gemeinsame verteidigungspolitische Projekte, die über gemeinsame Beschaffungspolitik hinausgehen, wie etwa das Eurokorps, werden künftig eine wichtigere Rolle spielen müssen.

9. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für Europa: diese müssen wir auch wahrnehmen

Viel zu oft wurde in den letzten Jahren die europäische Ebene für Verfehlungen auf nationaler Ebene oder Länderebene verantwortlich gemacht. Wir müssen daher, auch innerhalb der CDU, zu einer ehrlichen Diskussion über Europa kommen. Das bedeutet: Probleme und Fehler auf der europäischen Ebene klar ansprechen. Das bedeutet aber auch, Ebenen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern gemeinsam für Europa einzustehen.

10. Die CDU Südbaden steht zu Europa, denn wir stehen für Europa.

Die CDU Südbaden steht zu Europa, denn die CDU steht wie keine andere Partei für Europa. Wir stehen nicht aus Ideologie zu Europa, sondern aus einem schlichten und doch starken Grund: aus Verantwortung. Aus Verantwortung für zurückliegende Generationen, die nicht das Glück hatten, in einem vereinten Europa in Frieden zu leben, vor allem aber aus Verantwortung für künftige Generationen, denen wir ein Europa hinterlassen wollen, dass wirtschaftlich und politisch in einer unübersichtlicher werdenden Welt Sicherheit bietet. Dafür arbeiten wir auch weiterhin.